

Es gilt das gesprochene Wort!

Frau Oberbürgermeisterin hat vor Gericht kein Glück. Wäre dem nicht so, gäbe es diesen Tagesordnungspunkt heute nicht einmal hier. Auch hier hat trotz eingehender Warnungen von mir im HFA erst ein Gericht Recht sprechen müssen.

Aber wie sagt man so schön: Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand. Und das sind Linke ja ohnehin nicht gern.

Zur Sache:

Auf unsere heutige Anfrage zum selben Thema antwortet die OB, dass bislang nur eine Rechnung i.H.v 482 Euro eingegangen sei und mehr nicht zu erwarten sei. Das hat mich schon etwas stutzig gemacht, denn es waren auf beiden Seiten Anwälte zugange und ein Gericht arbeitet bekanntlich auch nicht im Ehrenamt.

Meine Prüfung hat ergeben, dass es sich hierbei lediglich um die Gerichtskosten des Bundesverwaltungsgerichtes handeln kann. Unser Anwalt – den wir ja nehmen mussten - hat einen Kostenfestsetzungsantrag über 1.086 Euro gestellt und wird demzufolge seine Gebühren noch in Rechnung stellen. Selbiges werden die Anwälte der OB tun, wenn das aussichtslos geführte Verfahren kein genossenschaftlicher Gefälligkeitsdienst gewesen sein soll. Oder aber das die Anwälte sagen, Frau OB, wir haben sie vollkommen falsch beraten, wir erlassen unsere Gebühren.

Aber definitiv werden die Kosten höher als von der OB zugegeben sein. Und das wird eine Stadtverwaltung auch wissen, deshalb ist auch an dieser Stelle davon auszugehen, dass die OB uns Stadträten und der Öffentlichkeit wider besseres Wissen die Unwahrheit gesagt hat, um das mal galant auszudrücken.

Wir liegen also definitiv im vierstelligen Bereich bei ca. 2- 3.000 Euro. Nun mag man sagen, in Relation zum Haushaltsvolumen sind das Peanuts. Nach Adam Ries ist das auch so.

Doch davon abgesehen, dass wir schon um zweistellige Beträge gerungen haben, geht es hier ums Prinzip.

Dieser Antrag wurde gestellt, um die Arroganz der Macht anzuprangern und den Umgang mit unserem Geld, dem Volksvermögen, als sei es die Beute der Linken.

1. Hat die Oberbürgermeisterin es versäumt in die Entscheidung über die Revision nachdem das Verfahren bereits höchstrichterlich entschieden war, auch nur ein einziges Gremium dieses Rates einzubinden.

Die gewählten Vertreter der Steuerzahler dieser Stadt wurden nicht gefragt!

Eigentlich meine ich, hatte dieses Verfahren eine derart für uns hier grundsätzliche Bedeutung, dass es eines Stadtratsbeschlusses bedurfte.

Aber doch wenigstens HFA und / oder Ältestenrat hätten eingebunden müssen.

Ohne hier im öffentlichen Teil ins Detail zu gehen, sollen wir im Ältestenrat zu hochpikanten Personalfragen beraten, die uns nun wirklich nichts angehen, aber in solch einer Frage, nämlich der Auslegung und Anwendung der für uns alle maßgeblichen Kommunalordnung, da entscheidet Mademoiselle Wolf allein mit einem Federstreich.

2. Ich bin juristischer Laie. Vertreter der Verwaltung sollten bereits mehr Wissen in juristischen Fragen aufweisen. Aber auch sie sind in der Regel keine Juristen. Doch Frau Wolf hatte ja Anwälte.

Und als ich unseren Anwalt damals nach der OVG Entscheidung fragte, ob die OB nun vor das BVG ziehen könne, verneinte er das bereits klar:

Denn diese Angelegenheit war nicht revisionsfähig! Der Nichtzulassungsbeschwerde konnte von Beginn an kein Erfolg beschieden sein.

Dieser Umstand war sicher auch der Oberbürgermeisterin bewusst oder den Anwälten, welche sie mit Sicherheit darauf hingewiesen haben.

Doch es war ein Politikum. Und Ziel dieses Manövers auf Steuerzahlerkosten waren alle zwischen ganz links und ganz rechts stehenden Parteien im Stadtrat und Bürger.

Denn: Die ganz Linken hat die ThürKO in dieser Frage nicht interessiert, sie bejubelten das Verhalten der OB als Jeanne Darc im Kampf gegen Rechts.

Doch die gemäßigteren Stimmen, die schon vor der ersten Handschlagverweigerung meinten, das Gesetz müsse eingehalten werden und natürlich die Richter am OVG die Frau Wolf eindeutig ins Stammbuch schrieben: Wer ein solches Amt bekleidet muss seine politische Einstellung hinter den Gesetzen zurückstehen lassen

Ja Frau Wolf, auf die Einhaltung dieser Gesetze haben Sie einen Eid geleistet!

Diese gemäßigteren Stimmen meinten doch spätestens nach der OVG-Entscheidung, dass diese umzusetzen sei.

Und für diejenigen und nur für diejenigen wurde die Nichtzulassungsbeschwerde wider besseres Wissen eingereicht.

Um nämlich zu sagen, das Urteil ist nicht rechtskräftig und demnach auch nicht vollziehbar. Nur um in Erwartung einer Änderung der ThürKO auf Landesebene als LEX Wieschke noch einmal so handeln zu können.

Und nun bin ich ja auch schon lange im politischen Geschäft und habe prinzipiell gar nichts gegen Winkelzüge und Manöver in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegenüber.

Aber dann doch bitte auf eigene Kosten, Frau Oberbürgermeisterin! Um nicht mehr und nicht weniger geht es! Sie haben ihre politischen Aktivitäten nicht aus der Stadtkasse zu bezahlen.

Dies sage ich Ihnen hier nicht nur als Stadtrat, sondern auch als Zahler von Gewerbesteuer und allen anderen Steuern in dieser Stadt.

Ob nun also 482 oder 2-3000 Euro, Frau Oberbürgermeisterin! Kommen Sie für diesen Schaden und ihre Privatangelegenheit selber auf!

Ich kann auch nicht daher gehen und kann von den Fraktionsgeldern eine Demo auf dem Markt veranstalten. Das würde zu Recht moniert.

Anrede,

Wenn die OB jetzt so viel Größe zeigt und die Erstattung der Kosten ankündigt, ziehen wir den Antrag selbstverständlich zurück.

Appell: Es geht nicht um NPD oder Links gegen Rechts – es geht darum, ob wir uns weiterhin ausschalten lassen wollen, wenn es der OB beliebt und ob private politische Aktivitäten aus dem Haushalt finanziert werden können für den wir alle miteinander Verantwortung tragen.

Vielen Dank!